

Brandenburg  
Mecklenburg-Vorpommern  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Thüringen

# OPK aktuell

Nr 2, 3. Jahrgang · Oktober 2009

## Editorial



Dr. Helga Bernt  
Vorstand OPK

### Wir leben – also wählen wir

#### *Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

nun haben wir mit mehr oder weniger innerer Beteiligung die Bundestagswahlen – unsere Kolleginnen und Kollegen aus Thüringen, Brandenburg und Sachsen noch die Landtagswahlen – als demokratische Teilhabe oder lästiges mediales Event hinter uns gelassen und nun schon wieder dieses Thema ...

Die Überschrift ist natürlich ein Allgemeinplatz, denn wir treffen täglich Hunderte von Entscheidungen, sprich Wahlen, um damit den Moment, den Tag und damit unsere nähere und fernere Zukunft zu gestalten. Geht es um die großen Fragen des sozialen Zusammenlebens, wer was wie gestalten soll, sind nun in einer Demokratie alle aufgerufen, diesbezüglich eine Wahl aus den verschiedenen Angeboten zu treffen. Und medial inszeniert mutete die Ergebnisfeststellung wie eine große Tombola oder spannende Show an.

Nun liegen die Ergebnisse also vor, die Aufregung darf sich legen. Koalitionen haben sich gefunden und teilweise formen sich neue Strukturen. Nach der Personalauswahl kommen die politischen Programme und deren Umsetzung. Für die Zukunft unserer Profession sind die sozialen und gesundheitspolitischen (auch die finanzpolitischen) Weichenstellungen von Bedeutung. Es ist m. E. müßig, die diesbezüglichen Wahlversprechen der Parteien einzufordern, da es, wie so oft im Leben, um Kompromissbildungen und weniger um gebrochene Versprechen geht.

Die begrenzten finanziellen Ressourcen in der Zeit des demographischen Wandels und der Globalisierung der Wirtschaft sind die große Herausforderung unserer Zeit. Diesbezügliche Weichenstellungen betreffen sowohl die ange-

stellten als auch die freiberuflich tätigen Kolleginnen und Kollegen. Die OPK sieht sich so auf Landesebene verschiedenen politischen Regierungskonstellationen gegenüber. Als länderübergreifende Kammer ist sie nun, da sie immer mehr bekannt und einbezogen wird, mit unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen der fünf Länder konfrontiert.

Auch die 6. Kammerversammlung Ende September in Erfurt beschäftigte sich mit der Neufassung der Wahlordnung. Die Mitglieder der Kammerversammlung stimmten schließlich für eine reine Personenwahl. Das bedeutet, dass bei den Anfang 2011 bevorstehenden Wahlen nicht zwischen Listen oder Verbänden, sondern zwischen einzelnen Kandidaten gewählt wird. Dies dürfte der Struktur und der Tradition der OPK am besten entsprechen.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich möglichst viele engagierte Kolleginnen und Kollegen – unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Verbänden – als Kandidaten für die nächste Kammerversammlung zur Verfügung stellen. Der Aufruf dazu wird Sie in etwa einem Jahr erreichen.

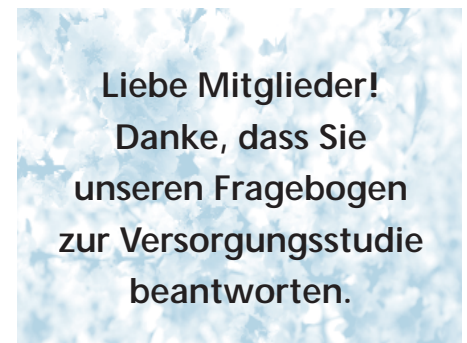
Wir leben in einer Zeit voller Veränderungen und Wahlmöglichkeiten. Bleiben wir optimistisch und schauen wir gespannt auf die großen und mittleren politischen Bahnungen, um dann unsere eigenen Entscheidungen treffen zu können. Die OPK bemüht sich, Ihnen mit dem OPK aktuell und den Informationsveranstaltungen in den Ländern dabei zu helfen.

*Ihre Helga Bernt*

### Psychotherapeuten- versorgungswerk NRW- Vertreterversammlung

Auf Einladung des Psychotherapeutenversorgungswerkes Nordrhein-Westfalen (PTV NRW) nahm der Vizepräsident der OPK, Herr Dr. Wolfram Rosendahl, am 22.09.2009 erstmals an der Sitzung der Vertreterversammlung in Düsseldorf teil. Der Empfang durch deren Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen und Baden Württemberg gestaltete sich freundlich und abgeschlossen. Auf der Tagesordnung standen u.a. die aktuelle Entwicklung der Beitrittsmodalitäten der OPK zum PTV, der Jahresabschluss sowie die Verabschiedung der geänderten Satzung des PTV. Zu den letzteren Themen finden sich ausführliche Informationen unter [www.ptv-nrw.de](http://www.ptv-nrw.de).

*Dr. Wolfram Rosendahl*



#### In dieser Ausgabe:

Psychotherapeutenversorgungswerk NRW-Vertreterversammlung	1
Bericht zur 6. Kammerversammlung in Erfurt	2
Bericht des Finanzausschusses zur 6. Kammerversammlung	3
Stationäre Psychiatrie: Gesetze verhindern Psychotherapie	4
97,5 % der nachweispflichtigen PsychotherapeutInnen haben ihr Zertifikat	5
Psychotherapie im Kontext von Organtransplantation und Organspende	5
Informationsveranstaltungen in den Ländern gehen in die 2. Runde	6
Veranstaltungen	7
Mitgliederbefragung	8
Terminankündigungen	8

## Bericht zur 6. Kammerversammlung in Erfurt

Vom 25. bis 26. September 2009 fand die sechste Kammerversammlung der OPK Erfurt statt. Den Auftakt der zweitägigen Versammlung bildete die Vorstellung und Erläuterung des *Jahresabschlusses und Lageberichts zum 31.12.2008*. Die Kammerversammlung hat den Vorstand einstimmig für das Haushaltsjahr 2008 entlastet. Der Haushaltsplan für das Jahr 2010 wurde vom Kammervorstand, nach gemeinsamer Beratung mit dem Finanzausschuss, erstellt. Geschäftsführer Carsten Jacknau erläuterte die einzelnen Planansätze, anschließend wurde der Haushaltsplan 2010 einstimmig von der Kammerversammlung angenommen. Mehr dazu im gesonderten Bericht des Finanzausschusses in diesem Heft.



Präsidentin M.A., M.S. (USA) Andrea Mrazek informiert über die Vorhaben der OPK

### Termine

Seit der letzten Kammerversammlung im April 2009 konnten sowohl der Vorstand als auch die Geschäftsstelle zahlreiche Termine wahrnehmen. Im Bericht des Vorstandes und der Geschäftsführung wurde auf vergangene und zukünftige Projekte aufmerksam gemacht. Im Juni 2009 fand z. B. ein Treffen des *Gemeinsamen Beirates der OPK mit den Ärztekammern* statt. Herr Schröder, Vorstandsmitglied aus Brandenburg, berichtete, dass neben verschiedenen Aspekten der Aus-, Fort- und Weiterbildung auch über Berufsordnungen, die „persönliche Eignung von PsychotherapeutInnen“ sowie zur elektronischen Gesundheitskarte diskutiert wurde. Ziel der Treffen sollen einheitliche Regelungen der Kammern sein.

Am 2. Dezember 2009 findet in Dresden eine *Informationsveranstaltung für Ausbildungsteilnehmer* statt. Die OPK lädt alle interessierten PsychotherapeutInnen in Ausbildung in die KV Sachsen ein, um unter anderem über Zukunftsperspektiven und rechtliche Aspekte nach der Approbation zu informieren sowie alternative Möglichkeiten der Berufsausübung vorzustellen.

Für Niedergelassene und Angestellte dürften die *Veranstaltungen zum Berufsrecht* im nächsten Jahr interessant sein. Themen werden unter anderem die Dokumentationspflicht, die Einsicht in die Dokumentation, die Schweigepflicht sowie das Elternrecht bei minderjährigen Patienten sein. Falls Sie noch Anregungen zu weiteren Themen haben, teilen Sie diese bitte der Geschäftsstelle mit.

Für das Jahr 2011 plant die OPK die Durchführung des ersten *Ostdeutschen Psychotherapeuten-*

*tages*. Dieser findet vom 25. bis 26. März 2011 im Hygienemuseum in Dresden statt. Zentrales Thema der Veranstaltung soll die „Psychische Gesundheit“ sein. Am ersten Tag werden Personen aus Wissenschaft und Forschung Vorträge halten, zu denen im Anschluss diskutiert werden kann. Am nächsten Tag sollen zahlreiche Workshops die zweitägige Veranstaltung abrunden. Dazu können Sie als Mitglied der OPK gerne einen Beitrag leisten. Falls Sie bestimmte Themen wünschen oder selbst Vorschläge für Workshops haben, füllen Sie bitte den am Ende des Heftes befindlichen Abschnitt aus und schicken Sie diesen per Post oder Fax an die OPK-Geschäftsstelle.

### Fortbildungscurriculum

Die Gutachtertätigkeit ist nicht nur auf den Informationsveranstaltungen in den Ländern ein gefragtes Thema. Auch die Kammerversammlungsmitglieder zeigten großes Interesse an der im Mai 2010 stattfindenden Fortbildung „Grundlagenmodul Sachverständigentätigkeit“. Parallel dazu sollen Curricula zur Gutachtertätigkeit, zur Psychotraumatologie und weiteren Themen erarbeitet werden, um damit die Fähigkeiten von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten fester zu verankern und nach außen sichtbar zu machen. Als potentieller Adressat können Sie sich als Mitglied der OPK aktiv an die Erarbeitung der Curricula beteiligen. Melden Sie sich dazu bitte in der Geschäftsstelle (Informationen in diesem Heft).

### Beitrag 2010

Der Antrag des Finanzausschusses, den Kammerbeitrag für 2010 unverändert in der bisherigen Höhe festzusetzen, wurde von den Delegierten der Kammerversammlung einstimmig angenommen. Auf Grund der gegenwärtigen Entwicklung der Haushaltslage besteht für eine Erhöhung oder Absenkung der Beiträge kein Grund, argumentierte der Ausschuss.

**Wichtiger Hinweis:** Der Antrag auf Beitragsminderung für das Beitragsjahr 2010 muss bis zum 15.12.2009 in der Geschäftsstelle bei Frau Ahnlicke, Mitglieder- und Beitragsverwaltung, eingereicht werden. Anträge, welche nach diesem Termin eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

### AFWQ

Dr. Thomas Guthke, Vorsitzender des Ausschusses für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Qualitätssicherung, stellte den Delegierten die bisherigen und zukünftigen Arbeitsschwerpunkte des Ausschusses vor. Zentrales Thema ist im Moment die Erarbeitung einer Rahmenordnung für curriculare Fortbildungen. Die Beschneidung der durch Fortbildungen gewonnenen Zusatzqualifikationen soll Kolleginnen und Kollegen dazu dienen, als Spezialisten für inter-

disziplinäre Kooperationen wahrgenommen zu werden, betont Dr. Guthke. Weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltern, Fortbildungsveranstaltungen sowie Supervisoren. Eine große Baustelle des Ausschusses hat sich zum 30.06.2009 beruhigt – die Prüfung und Bearbeitung der Anträge zur Ausstellung des Fortbildungszertifikates. Detaillierte Informationen entnehmen Sie bitte dem Artikel zu den Fortbildungszertifikaten in diesem Heft sowie den Präsentationen der Informationsveranstaltungen auf unserer Homepage [www.opk-info.de](http://www.opk-info.de).



Herr Hommel, Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, und Herr Jacknau, Geschäftsführer der OPK, im Gespräch

### KJP-Ausschuss

Dipl.-Psych. Frank Massow, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut aus Chemnitz, berichtete von der Arbeit des KJP-Ausschusses der OPK. Dort stand neben der aktuell unbefriedigenden Situation bezüglich der Umsetzung des Gesetzes zur KJP-Quote auch das Engagement des Ausschusses im Bereich des Kinderschutzes auf dem Programm. Der Frage, wo genau der Ausschuss einen Beitrag dazu leisten kann, wird sich derzeit verstärkt zugewandt.

### Versorgungsstudie – Fragebogen versandt

Dr. Gregor Peikert, Vorstandsmitglied aus Thüringen und Vorsitzender des Forschungsausschusses der OPK, konnte den Delegierten mitteilen, dass die lange Vorbereitungsphase zum Fragebogen der Versorgungsstudie nun beendet ist. Am 28.09.2009 wurde der Bogen an alle Mitglieder versandt. Die Studie soll unabhängige Daten über die Versorgungssituation in den Neuen Bundesländern erheben, um eine Versorgungslandkarte der OPK-Gebiete erstellen zu können. Die Ergebnisse sollen dann als argumentative Grundlage auf politischer Ebene dienen. Die Beantwortung der Fragen ist sowohl per Post als auch über das Internet möglich.

### Psychotherapeutenjournal

Prof. Dr. Jürgen Hoyer, Mitglied im Redaktionsbeirat für das Psychotherapeutenjournal, lädt alle Mitglieder der OPK zu Rückmeldungen und Beiträgen für das PTJ ein. Es kann als Sprachrohr für allgemeine sowie spezifische Themen genutzt werden und erreicht mit seiner ho-

hen Auflage bundesweite Aufmerksamkeit in der Psychotherapeutenchaft. Der Redaktionsschluss sowie Erscheinungsdatum für die Ausgaben 2010 verhalten sich wie folgt:

*Redaktionsschluss Heft beim Leser*

PTJ 01-2010	18.12.2009	25.03.2010
PTJ 02-2010	12.03.2010	16.06.2010
PTJ 03-2010	25.06.2010	22.09.2010
PTJ 04-2010	11.09.2010	14.12.2010

Bitte wenden Sie sich für weitere Auskünfte an Frau Karin Welsch, PtK Bayern, unter [welsch@ptk-bayern.de](mailto:welsch@ptk-bayern.de).

**„Versorgung psychisch Kranker“  
Öffentlicher Vortrag**

Den Muntermacher am Abend des ersten Tages bildete der öffentliche Vortrag von Dr. Thomas Ruprecht über „Die Versorgung psychisch Kranker aus Sicht der TK – Aspekte zur Lage und Perspektiven“. Dr. Ruprecht stellte den Delegierten und allen interessierten Mitgliedern der OPK die Grundlagen zum Modell der TK zur integrierten Versorgung psychisch Kranker vor. Im Laufe des Vortrages äußerte Dr. Ruprecht mehrere provokante Thesen, die unter den Delegierten zu heißen Diskussionen führten. So sollen, laut TK-Daten, am Starnberger See Patienten mit Depressionen überwiegend mittels Psychoanalyse therapiert werden. Überhaupt verteilen sich die einzelnen Verfahren sehr heterogen im Bundesgebiet, diagnostizierte Dr. Ruprecht. Im Gebiet Sachsen-Anhalt sowie Kreis München würden mehr Psychotherapeuten psychoanalytisch tätig sein – im Ruhrgebiet dagegen werden psychoanalytische Verfahren fast gar nicht angewandt –, im Westen und Nordwesten Deutschlands wird vorwiegend verhaltenstherapeutisch, in Hamburg vorwiegend tiefenpsychologisch gearbeitet. Sicher sei dies aber auf die Verteilung der Ausbildungsinstitute und deren Schwerpunkte zurückzuführen, argumentierten einige Delegierte der KV. Des Weiteren würde, laut Ruprecht, psychotherapeutische Angebote unzureichend eingesetzt. Er begründete diese Aussage u. a. da-



*Konzentriertes Arbeiten auf der 6. Kammerversammlung*

durch, dass „Therapiewahl und -dauer nicht primär diagnose- und/oder morbiditätsbedingt, sondern angebotsabhängig seien, dass keine hinreichende Differentialdiagnostik, u. a. aufgrund des Selbstzuweisungssystems und unattraktiv vergüteter Probatorik oder aber eine Fehlsteuerung in der Bedarfsplanung (u. a.: Teilzeit-TherapeutInnen auf Vollzeitstellen) vorliege“. Diese Aussagen erhitzen die Gemüter aller Beteiligten und wurden im Anschluss leidenschaftlich diskutiert. Wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird das im Anschluss vorgestellte Modell, welches bereits in Berlin erprobt wird, von der Charité. Dr. Ruprecht ist Arzt und bei der Techniker-Krankenkasse in Hamburg im Bereich Versorgungsmanagement tätig.

**Wahl- und Geschäftsordnung**

Am zweiten Tag standen sowohl der Beschluss über die Änderung der Wahlordnung der OPK als auch die Beschlussvorlage zur Änderung der OPK-Geschäftsordnung auf dem Programm. Beide Ordnungen werden in Ihrer geänderten Fassung voraussichtlich im PTJ 04-2009 veröffentlicht, welches am 9. Dezember 2009 erscheinen wird. Mit Veröffentlichung treten die Änderungen in Kraft. Zur Wahlordnung ist an dieser Stelle zu sagen, dass zum einen jeder Wahlvorschlag eines Kandidaten von anderen Wahlberechtigten desselben Wahlkreises und derselben Berufsgruppe getragen werden muss. Es werden

also so genannte Unterstützerstimmen benötigt. Für PP's sind es sechs und für KJP's sind es drei unterstützende Unterschriften. Zum anderen haben die Kandidaten die Möglichkeit, über das OPK aktuell und die Homepage die Kammermitglieder über ihre Person und ihre berufspolitischen Ziele zu informieren.

**Diskussion  
zum Forschungsgutachten**

Abschließend brachte Kerstin Dittrich, wissenschaftliche Referentin der OPK, eine zusammenfassende Auswertung des Forschungsgutachtens zur Zukunft der Psychotherapieausbildung in die Diskussion ein. Dazu stellte sie die vom Forschungsgutachten vorgeschlagenen Änderungen, Diskussionslinien sowie die Position des OPK-Vorstandes vor. Die Hauptansatzpunkte des Gutachtens sind unter anderem die Festlegung der neu benötigten Zugangsvoraussetzungen (Studienabschlüsse, Studieninhalte) zur Psychotherapieausbildung, die Reformation der praktischen Tätigkeit, die Erweiterung der psychotherapeutischen Kompetenzen, aber auch die berufsrechtlichen Änderungen der Behandlungsbefugnisse (PP, KJP – Erwachsene, Kinder und Jugendliche).

*Wendt*

**Bericht des Finanzausschusses zur 6. Kammerversammlung**

Der Finanzausschuss hat den Prüfbericht und den Lagebericht über den Jahresabschluss des Haushaltes 2008 nachvollzogen und kann bestätigen, dass die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG zu keinen Einwendungen geführt hat. Dazu gehörte auch zuvor eine stichprobenartige Prüfung der Unterlagen des Jahresabschlusses durch den Finanzausschuss (Aufwandsentschädigungen, Öffentlichkeitsarbeit, verschiedene Posten) über die satzungskon-

forme Haushaltsführung sowie die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwendung der Haushaltsmittel. Zur Erläuterung ist darauf hinzuweisen, dass im letzten HHJ der Posten inaktive Mitglieder noch letztmalig enthalten war. Dieser konnte weitestgehend bereinigt werden (siehe Bericht der Geschäftsführung). 2008 stand auch im Zeichen der Übernahme der Mitglieds- und Beitragsverwaltung durch die Geschäftsstelle, deren aufgabengemäßen, personel-

len und technischen Ausstattung. Insgesamt bleibt festzustellen, dass Vorstand und Geschäftsführung mit den Haushaltsmitteln 2008 ordnungsgemäß und wirtschaftlich umgegangen sind.

*Dipl.-Psych. Ragna Richter,  
Vorsitzende Finanzausschuss*



# Stationäre Psychiatrie: Gesetze verhindern Psychotherapie

Knapp 20 Jahre ist es her, da verteilte der Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP) Aufkleber mit dem Slogan „Psychotherapie statt Pillen“. Schon damals war es nicht besonders glücklich, einen Streit zwischen Psychiatrie und Psychotherapie darüber heraufzubeschwören, welche Profession denn besser geeignet sei, Menschen mit psychischen Störungen zu behandeln. Das eigentliche Anliegen der Kampagne, den Stellenwert von Psychotherapie bei der Behandlung psychischer Erkrankungen zu betonen, war aber notwendig und sinnvoll.

Inzwischen besteht große Übereinstimmung zwischen Psychiatern und Psychotherapeuten, dass medikamentöse und psychotherapeutische Behandlung einander ergänzen. Beide Therapieansätze sind Bestandteil aktueller, wissenschaftlich begründeter Behandlungskonzepte für viele Störungsbilder. Und längst gehört es im ambulanten Sektor zur guten Praxis, dass je nach Notwendigkeit ein Psychiater, ein Psychotherapeut oder beide einen Patienten behandeln. Dagegen ist in den psychiatrischen Krankenhäusern Deutschlands vor vielen Jahren die Uhr stehen geblieben. Die – gesetzlich geregelte – Personalausstattung der Krankenhäuser macht es unmöglich, eine fachgerechte Psychotherapie in die stationäre Versorgung zu integrieren.

Eine wesentliche Rolle hierbei spielt die „Verordnung über Maßstäbe und Grundsätze für den Personalbedarf in der stationären Psychiatrie (Psychiatrie-Personalverordnung – Psych-PV<sup>1</sup>)“. Sie wurde in den 1980er Jahren erarbeitet und regelt – damals fortschrittlich – „die Maßstäbe und Grundsätze zur Ermittlung des Personalbedarfs für Ärzte, Krankenpflegepersonal und sonstiges therapeutisches Fachpersonal in psychiatrischen Einrichtungen für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche...“ (§1 Psych-PV). Die Verordnung legt fest, dass Patienten, die einer psychiatrischen Krankenhausbehandlung bedürfen, „Behandlungsbereichen“ zugeordnet werden müssen.

Für Erwachsene sind das

- Allgemeine Psychiatrie (A),
- Abhängigkeitskranke (S) und
- Gerontopsychiatrie (G).

Diese werden nochmals unterteilt in

- Regelbehandlung (A1, S1, G1),
- Intensivbehandlung (A2, ...),
- Rehabilitative Behandlung,
- Langdauernde Behandlung Schwer- und Mehrfachkranker,
- Psychotherapie (A5, ...) und
- Tagesklinische Behandlung.

Jedem der Behandlungsbereiche werden wöchentliche „Minutenwerte“ für jede Berufsgruppe zugeordnet, die ausdrücken, wie viele Minuten pro Woche ein Patient dieses Behandlungsbereichs Leistungen der jeweiligen Berufsgruppe im Durchschnitt erhalten soll. Aus der Summation der Minutenwerte für alle Patienten wird der Personalbedarf für die psychiatrische Einrichtung ermittelt. Dieser Personalbedarf wird dann den Pflegesatzverhandlungen mit den Krankenkassen zu Grunde gelegt.

Am Beispiel: ist eine Station durchschnittlich mit 16 Patienten des Behandlungsbereichs A1 belegt, erhält sie für Ärzte 16 x 207 (Minutenwert für Ärzte bei A1) = 3312 Minuten = 55,2 Stunden pro Woche. Bei 40 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit ergeben sich rechnerisch 1,4 Arztstellen für diese Station. Für dieselbe Station ergeben sich aber nur 0,2 Psychologenstellen, da hier der Minutenwert lediglich 29 beträgt.

Die Psych-PV entstand mehr als zehn Jahre vor dem Psychotherapeutengesetz, sie kennt die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten nicht. Der Rolle, die der Psychotherapie heute bei der Behandlung psychischer Störungen zukommen sollte, werden die Minutenwerte für Diplom-Psychologen (und Ärzte) in keiner Weise mehr gerecht. Exemplarisch seien Patienten mit Depressionen genannt. Hier gehört Psychotherapie regelhaft zu einem leitlinien-konformen Therapiekonzept<sup>2</sup>.

Wenn ein Diplom-Psychologe nach Psych-PV aber nur 8 Stunden pro Woche auf einer Depressionsstation mit 16 Betten (allgemeinpsychiatrische Regelbehandlung) eingesetzt werden darf, kann er sich noch so intensiv bemühen und mit kreativen Lösungen vielleicht einigen Patienten helfen, niemals aber wird er eine bedarfsgerechte Psychotherapie leisten können.

Selbst wenn depressive Patienten dem Behandlungsbereich A5 (Psychotherapie) zugeordnet würden, ließe sich das Problem nicht lösen. Denn dann erhielte das Krankenhaus zwar 0,7 Psychologenstellen für dieselbe Station, aber nur noch 1,0 Arztstellen. Außerdem würde bei dieser Zuordnung der Patienten das Pflegepersonal der Station auf ein Drittel reduziert, die Zahl der Sozialarbeiter sogar auf weniger als ein Fünftel! Für die Personalausstattung einer Klinik ist es also geradezu gefährlich, Patienten als Psychotherapie-Fälle einzugruppieren.

Aber nicht nur die Psych-PV, sondern auch die Tarifsysteme des öffentlichen Dienstes verhindern, dass Psychotherapeuten im stationären Bereich adäquate Beschäftigung finden. Die Tarifverträge TVöD (Bund, Kommunen) und TV-L (Länder) ignorieren noch immer die Existenz der Berufsbilder der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Kliniken, die diesen Tarifverträgen unterliegen bzw. sich an ihnen orientieren, können ihre Stellen weiterhin nur für „Diplom-Psychologen“ ausschreiben. Selbst wenn sie hinzusetzen „abgeschlossene Psychotherapie-Ausbildung erwünscht“, gruppieren sie die Kolleginnen und Kollegen in die Entgeltgruppe 13 ein (Grundentgelt TV-L Ost monatlich 2683 Euro brutto), die auch einem frisch diplomierten Psychologen zusteht. Krankenhäuser verlieren damit die Chance, Psychotherapeuten interessante berufliche Perspektiven zu bieten.

Zwar sieht das 2009 verabschiedete Krankenhausfinanzierungsreformgesetz vor, ein leistungsbezogenes Entgeltsystem für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen einzuführen und die Bundespsychotherapeutenkammer hier beratend einzubeziehen. Da das Vergütungssystem ab 2013 aber „budgetneutral“ umgesetzt werden soll, besteht die große Gefahr, dass sich die psychotherapeutische Versorgung in Krankenhäusern qualitativ nicht verbessern wird. Berufspolitisch genügt es nicht, psychiatrische Krankenhäuser dafür zu kritisieren, dass sie Psychotherapeuten in Ausbildung unentgeltlich oder gegen minimales Salär beschäftigen. Die Psychotherapeutenchaft muss ihre Kompetenzen und ihre Verantwortung für die Patienten nicht nur im ambulanten, sondern auch im stationären Sektor sichtbar machen und für eine bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung auch in den Krankenhäusern eintreten.

Dr. Gregor Peikert

<sup>1</sup> Psychiatrie-Personalverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2930), geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 26. September 1994 (BGBl. I S. 2750)

<sup>2</sup> S3-Leitlinie/Nationale Versorgungsleitlinie Unipolare Depression, [www.versorgungsleitlinien.de/themen/depression](http://www.versorgungsleitlinien.de/themen/depression)

## 97,5 % der nachweispflichtigen PsychotherapeutInnen haben ihr Zertifikat

Zum 30. Juni 2009, dem Stichtag für den ersten Fortbildungszeitraum, hatten 97,5 Prozent der nachweispflichtigen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten der OPK ihr Fortbildungszertifikat, welches ihnen die kontinuierliche Fortbildung im vergangenen „Fünf-Jahres-Zeitraum“ bescheinigt. Der Vorstand und der Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Qualitätssicherung (AFWQ) lobt die Arbeit der Geschäftsstelle. Trotz manueller Eingabe konnten die zahlreichen Anträge fristgerecht bearbeitet werden. „Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle der OPK in Leipzig haben hervorragende Arbeit geleistet. Ihr Verdienst ist es, dass 97,5 Prozent unserer nachweispflichtigen Mitglieder zum Ende ihres ersten Fortbildungszeitraumes ihr Zertifikat in den Händen halten konnten“, sagt Dr. Thomas Guthke, Vorsitzender des AFWQ. Ebenso reibungslos verlief die Übermittlung der Fortbildungszertifikate an die Kassenz ärztlichen Vereinigungen (KVen). Dank der Rahmenvereinbarung der OPK mit den KVen der fünf

neuen Bundesländer konnten die Daten der Mitglieder der OPK (es bedurfte dazu deren Zustimmung) auf elektronischem Weg übermittelt werden und so der Mitgliederservice in diesem Bereich erfolgreich ausgebaut werden. Gesetzliche Grundlage der sozialrechtlichen Fortbildungsverpflichtung ist § 95 d SGB V. In

diesem ist festgelegt, dass alle Psychotherapeuten in eigener Niederlassung, in Ermächtigung oder im Arbeitsverhältnis in Kliniken in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren 250 Fortbildungspunkte nachweisen müssen. Mit dieser Punktzahl stellte die OPK auf Antrag das Fortbildungszertifikat aus. *Wendt*

Bundesland	Nachweispflichtige	Ausgestellt am 30.6.09	Fehlende am 30.06.09	Fehlende am 31.08.09
BB	146	145	1	0
MV	85	78	7	5
S	288	272	16	11
SA	94	93	1	1
T	172	167	5	4
<b>Summen</b>	<b>785</b>	<b>755</b>	<b>30</b>	<b>21</b>
in %	33,3	96,2	3,8	2,7

## Psychotherapie im Kontext von Organtransplantation und Organspende

Psychotherapie hilft! Nicht nur bei psychischen Störungen, sondern auch unterstützend bei körperlichen Erkrankungen, bei der Anpassung an veränderte Lebensbedingungen; sie hilft Kranken, Genesenden und ihren Angehörigen.

Mit dieser Botschaft verließen die ca. 100 TeilnehmerInnen des Symposiums „Psychotherapie im Kontext von Organtransplantation und Organspende“ das Universitätsklinikum Jena nach einem interdisziplinären Einführungstag rund um die Organtransplantation. Die sehr positiven Kommentare zeigten, dass Organtransplantation und Organspende auch für die Psychotherapeuten-schaft keine Nischenthemen sind. Viele TeilnehmerInnen berichteten, in ihrer beruflichen Tätigkeit schon mit Transplantationsbetroffenen (dazu gehören neben Personen nach einer Organtransplantation auch solche auf der Warteliste für eine Transplantation, ihre Angehörigen, die Angehörigen verstorbener Organspender und in selteneren Fällen auch Lebendspender) in Berührung gekommen zu sein, und wünschten sich mehr Informationen zu deren Unterstützungs- und Behandlungsbedarf.

Für die OPK war das Symposium in mehrfacher Hinsicht eine besondere Veranstaltung: Wie bereits im letzten OPK aktuell beschrieben, ging die Initiative dazu, sich als OPK mit der Schnittstelle Organtransplantation – Psychotherapie zu beschäftigen, vom Bundesverband der Organtransplantierten (BDO) aus. Die Selbsthilfegruppe war mit der Bitte um Unterstützung an



Vorbereitung der Referenten im Universitätsklinikum Jena

die OPK herangetreten, um auf den ungedeckten psychotherapeutischen Behandlungsbedarf von Transplantationsbetroffenen hinzuweisen. Anliegen des BDO ist es, sowohl mehr und schneller verfügbare Psychotherapieplätze zu schaffen, als auch Bewusstsein und Wissen der PsychotherapeutInnen über die typischen Probleme Transplantationsbetroffener zu erhöhen.

Diese Behandlungslücke zu schließen, ist jedoch berufspolitisch eine Herausforderung. Schließlich sind die meisten niedergelassenen KollegInnen zu sehr ausgelastet, um zusätzliche Behandlungskapazitäten für Transplantationsbetroffene – oder andere unterversorgte Patientengruppen – vorzuhalten. Dem Wunsch des BDO nach thematisch besonders geschulten PsychotherapeutInnen, bei denen Betroffene kurzfristig behandelt werden können, ist also von Kammerseite aus kurzfristig schwer nachzukommen.

Langfristig bieten sich der OPK jedoch durchaus Chancen, zu einer besseren Versorgungslage beizutragen: Wenn bestimmte Patientengruppen innerhalb des Kollektivvertrags nur unzureichend behandelt werden können, warum dann nicht einmal über Selektivverträge zugunsten unterversorgter PatientInnengruppen nachdenken? Solche Vorhaben würden möglicherweise erleichtert, wenn PsychotherapeutInnen besondere Kompetenzen in der Betreuung dieser PatientInnengruppe verdeutlichen könnten. Dafür notwendige Kompetenzen und Erfahrungen müssten definiert werden, passende Fortbildungen könnten entwickelt und angeboten werden. Eine solche Möglichkeit, besondere Kompetenzen nachzuweisen und damit Tätigkeitsfelder außerhalb der klassisch ambulanten Richtlinienpsychotherapie zu erschließen, könnte besonders für den psychotherapeutischen Nachwuchs ohne GKV-Zulassung attraktiv sein – und würden nicht zuletzt vom BDO sehr begrüßt. Der adäquaten psychotherapeutischen Betreuung Transplantationsbetroffener wird hier große Bedeutung zugemessen. Derzeit sind diese Überlegungen allerdings noch Zukunftsmusik. Vor weiteren Schritten sind ausführliche Überlegungen und Planungen nötig.

Neben OPK und BDO waren zahlreiche weitere Mitveranstalter daran beteiligt, das Symposium zu einer rundum gelungenen Veranstaltung werden zu lassen. Ein herzlicher Dank geht daher an

dieser Stelle an die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO), eine bundesweite Koordinierungsstelle für Organspende, an das Universitätsklinikum Jena und an das Thüringer Sozialministerium, das die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernahm.

Neben organisatorischen Vorteilen hat sich diese

Zusammenarbeit auch als ausgesprochen günstig erwiesen, um Versorgungsprobleme – und Lösungsansätze – in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken. Die PatientInnengruppe der Organtransplantierten hat medizinische, psychotherapeutische, psychosoziale und pflegerische (Behandlungs-)bedürfnisse. Welche Berufsgruppe

diese Bedürfnisse jeweils am besten erfüllen kann, ist eine Frage, die nicht von einer Profession alleine zu beantworten ist. Einigkeit herrschte jedoch darüber, daß PsychotherapeutInnen für die umfassende Versorgung Transplantationsbetroffener unverzichtbar sind.

*Kerstin Dittrich*

## Informationsveranstaltungen in den Ländern gehen in die 2. Runde

Neben der Sachverständigentätigkeit als ein weiteres Tätigkeitsfeld für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wurden in **Rostock** am 10.09.2009 Perspektiven sowie aktuelle Vorhaben der Kammerarbeit vorgestellt. Zu Gast war Michael Köpke, Referatsleiter für Psychiatrie und Maßregelvollzug im Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern. Er gewährte einen Einblick in die zukünftige Zusammenarbeit der OPK mit dem Sozialministerium M-V und versicherte, dass er sich um einen intensiveren Austausch auf kurzem Wege bemühe.

notwendigen Umsetzungsregelungen auf den Weg gebracht – jedoch nicht im Sinne des BMG. Am 18.06.2009 legte der G-BA fest, dass erst in allen Gebieten eine 10 %-Versorgung geschaffen sein muss, um die Quote für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie in allen Gebieten auf 20% erhöhen zu können. Der BMG hat nun im August den G-BA zu einer ergänzenden Stellungnahme aufgefordert, was eine Unterbrechung der Beanstandungsfrist von 8 Wochen nach sich zieht. Die Antwort des G-BA steht derzeit noch aus. Die Präsidentin geht davon aus,

schluss bildet Potsdam am 17.03.2010 in der KZV Brandenburg. Ausführliche Informationen zu geplanten Veranstaltungen finden Sie in diesem Heft oder auf unserer Homepage unter [www.opk-info.de](http://www.opk-info.de).

Prof. Dr. Hans-Joachim Hannich, Kammerversammlungsmittglied aus Greifswald, berichtete von der **Versorgungsstudie** der OPK zur psychotherapeutischen Versorgung in den Neuen Bundesländern. Die bisherige Angebotsanalyse der psychotherapeutischen Betreuung in den Bundesländern (z. B. Bundesgesundheitsurvey) bildet nicht den realen Bedarf ab, betont Prof. Hannich. Der „Bedarf“ an Psychotherapeuten wurde an der Zahl der an einem Stichtag (31.08.1999) zugelassenen Psychotherapeuten festgeschrieben. Der Forschungsausschuss der OPK wird aktuelle Daten für das OPK-Gebiet erheben, um auf politischer Ebene mit Zahlen argumentieren zu können. Auch kamen bereits von wissenschaftlichen Institutionen Anfragen zur Bedarfsplanung und zu aussagekräftigen Daten aus dem OPK-Gebiet. Prof. Hannich ruft daher alle OPK-Mitglieder auf, an der Studie der OPK teilzunehmen, zu der Ende September ein Fragebogen versandt wurde.

Neben Prof. Hannich berichteten noch Dr. Jürgen Friedrich, Dr. Helga Bernt sowie Frau Dipl.-Psych. Ragna Richter über ihre Arbeit als **Mitglieder der Kammerversammlung für Mecklenburg-Vorpommern**. Frau Richter leitet den Finanzausschuss der OPK und gehörte der AG für das Versorgungswerk an. Des Weiteren ist sie Beauftragte der OPK im Landes-Psychiatrie-Entwicklungsplan, der hauptsächlich auf die Optimierung der vorhandenen Hilfssysteme und deren Verzahnung ausgerichtet sein wird. Vorstandsmitglied Frau Dr. Bernt berichtete zur Quotenregelung und zur aktuell laufenden Praxisauslastungsauswertung. Die KV fordert halbe Zulassungen von extrem gering ausgelasteten Praxen ein. Die hälftigen Sitze werden gesammelt und dann vielleicht als ein Sitz ausgeschrieben bzw. freigemacht, erklärt Dr. Helga Bernt. Derzeit sind in Mecklenburg-Vorpommern alle Zulassungsbezirke für Neuzulassungen von Psychologen gesperrt.

Das große Thema der diesjährigen Informationsveranstaltungen in den OPK-Ländern ist die **Gutachtertätigkeit** als ein neues Tätigkeitsfeld für Psychotherapeuten. Zu diesem Thema wurde bereits ein Artikel im OPK aktuell 1-2009 veröf-



*Rege Teilnahme an den Informationsveranstaltungen in den Ländern*

Nach Auskünften des OPK-Geschäftsführers Carsten Jacknau gab es seit Juni 2008 einen Zuwachs von **41 Mitgliedern** auf insgesamt 274 in Mecklenburg-Vorpommern. 85 Mitglieder waren zum 30.06.2009 verpflichtet, ihr Fortbildungszertifikat bei der OPK zu beantragen, wobei die Rahmenvereinbarung mit den Kassenärztlichen Vereinigungen bei der Ausstellung des Fortbildungszertifikates volle Wirksamkeit gezeigt hat, betonte Herr Jacknau. Der Austausch sowie die reibungslose Übermittlung der Daten unterstützten die effektive Bearbeitung der Anträge in der Geschäftsstelle. Zur Beitragsentwicklung äußerte sich der Geschäftsführer positiv: „Es wird im nächsten Jahr, unter Vorbehalt der Entscheidung der Kammerversammlung, keine Beitragserhöhung geben. Der Beitrag bleibt auch in 2010 stabil.“

Informationen zur **Zulassungs-Quote für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie** erhielten die 45 Anwesenden von der OPK-Präsidentin Andrea Mrazek. Bereits im Januar wurde vom Bundestag die 20%-Regelung verabschiedet. Erst ein halbes Jahr später hat der G-BA die dazu

das bis zum 2. Quartal 2010 keine neuen Plätze für KJP freigegeben werden. Erst wenn eine eindeutige Regelung getroffen wird, können die KV'en mit den neuen Stellen planen.

Die **Kooperation mit der Ärztekammer** in Mecklenburg-Vorpommern gestaltet sich nicht ganz einfach, berichtete die Präsidentin. Zum Gemeinsamen Beirat der OPK mit den Ärztekammern im Juni 2009 erschien Dr. med. Andreas Crusius, Präsident der Ärztekammer M-V, nicht. Frau Mrazek hofft jedoch, ihn am 16. November in Cottbus zu selbigem Anlass begrüßen zu können. Die Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium in Mecklenburg-Vorpommern soll trotz der räumlichen Distanz weiter ausgebaut werden.

Die Präsidentin M.A., M.S. (USA) Andrea Mrazek kündigte den Beginn einer **Veranstaltungsreihe** zum Thema Berufsrecht an. Im Kontakt mit den Mitgliedern hat sich ein besonderer Bedarf an diesem Thema gezeigt. So soll am 24.02.2010 der Auftakt in der Ärztekammer in Rostock stattfinden, weiter geht es in der KV Sachsen in Leipzig am 05.03.2010, den Ab-

fentlich. Dr. Steffen Dauer (Institut für Rechtspsychologie in Halle, langjährig als Sachverständiger tätig) gab erste Einblicke in das neue Berufsfeld. Er betonte, dass wichtige Voraussetzungen für eine solche Tätigkeit genügend freie Kapazität – „Eine volle Praxis wirkt da gegenläufig“ – sowie das Bewusstsein für die eigenen Grenzen seien. „Nicht jeder Gutachtauftrag kann auch angenommen werden. Zum Beispiel sind im Maßregelvollzug bei psychotischen Erkrankungen eher Psychiater als Psychotherapeuten gefragt.“

In **Potsdam** konnte die OPK zur Info-Veranstaltung 48 Mitglieder in der Kassenzahnärztlichen Vereinigung begrüßen. Auch in Brandenburg konnten die Fortbildungszertifikate aller 146 nachweispflichtigen Mitglieder ausgestellt werden.

Die Themen in Potsdam ähnelten denen in Rostock. Dipl.-Psych. Dietmar Schröder stellte sich als Vorstandsmitglied aus Brandenburg sowie



Dr. Steffen Dauer referiert zur Gutachtertätigkeit

seine Arbeit innerhalb der OPK vor. Er engagiert sich vor allem für die **Psychotherapeuten in Ausbildung**, welche bei der OPK keine Mitglieder sind, da nach dem SächsHKaG nur approbierte

PsychotherapeutInnen Mitglieder der OPK sein können. Nähere Informationen dazu erhalten Sie in der Geschäftsstelle der OPK unter 0341-46 24 32 18.

Im Kulturthaus in **Dresden** erschienen 116 der 926 Mitglieder aus Sachsen. Wie bereits in den anderen Bundesländern stellten die Kammerversammlungsmitglieder Sachsens ihre Arbeit in der OPK und den einzelnen Ausschüssen dar. Dr. Thomas Guthke sprach über seine Tätigkeit als Vorsitzender des AFWQ, Frau Margitta Wonneberger präsentierte die Arbeitsergebnisse des Ausschusses für Satzung und Geschäftsordnung und Frau Angela Gröber stellte einige Eckpunkte des Finanzausschusses dar.

Wendt

---

### Vertreter aus der Mitgliedschaft gesucht – Fortbildungscurriculum Sachverständigentätigkeit und Traumatherapie

Zur Entwicklung eines Fortbildungscurriculums benötigt die OPK noch ein interessiertes Kammermitglied, welches in einer Arbeitsgruppe den Aufbau des Curriculums für Sachverständigentätigkeit sowie Traumatherapie mit entwerfen möchte. Wer sich bewerben will, sollte Interesse am Thema sowie keine enge Bindung an Fachverbände mitbringen. Bitte melden Sie sich bis zum 6. November 2009 unter 0341-46 24 32 18 bei Frau Wendt.

---

### Ostdeutscher Psychotherapeutentag 2011 – Themen für Workshops gesucht (Bitte kopieren und per Fax an 0341-46 24 32 19 senden)

Welche Workshopinhalte können Sie sich für unseren ersten Ostdeutschen Psychotherapeutentag zum Thema „Psychische Gesundheit“ vom 25. bis 26. März 2011 vorstellen? Zum Beispiel möglich:

- Resilienz
- Prävention
- Positive Psychologie

Ihre Vorschläge:

- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_



## Veranstaltungen

**Helfen Sie mit, die Mitgliedsbeiträge konstant zu halten! Der Postversand verursacht hohe Kosten.  
Bitte wählen Sie Ihre gewünschte Versandart.  
(Bitte kopieren und per Fax an 0341 – 46 24 32 19 senden)**

Zukünftig möchte ich alle Einladungen und Informationen der OPK per Mail an folgende E-Mail-Adresse geschickt haben:

\_\_\_\_\_

Nein, die Zustellung soll weiterhin nur per Post erfolgen. (Evtl. hier Adressänderung angeben)

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

### VERANSTALTUNGEN 2010/2011

24.02.2010	Veranstaltung zum Berufsrecht in Rostock, Ärztekammer
05.03.2010	Veranstaltung zum Berufsrecht in Leipzig, KV Sachsen
17.03.2010	Veranstaltung zum Berufsrecht in Potsdam, KZV Brandenburg Die Einladungen werden im Januar an Sie versandt!
23.04.2010 - 24.04.2010	7. Kammerversammlung, Schloss Machern
17.05.2010 - 21.05.2010	Fortbildung Grundlagenmodul Sachverständigentätigkeit, Schloss Machern; Anmeldungen sind ab Januar 2010 möglich!
August-Oktober 2010	Informationsveranstaltungen in den Ländern
01.10.2010 – 02.10.2010	8. Kammerversammlung, Potsdam (geplant)
25.03.2011 – 26.03.2011	1. Ostdeutscher Psychotherapeutentag, Hygienemuseum Dresden

**Informationen** zu allen Veranstaltungen finden Sie auf unserer **Homepage** und unter 0341– 4 62 43 218.

### TERMINE

#### Vorstandssprechstunde:

Die Vorstandsmitglieder stehen Ihnen für Ihre Fragen in wöchentlichem Wechsel jeden Mittwoch von 11.00 bis 13.00 Uhr telefonisch unter 0341–46 24 32 15 zur Verfügung.

**Veranstaltungshinweis:** „Von Menschen und Grenzen – Psychotherapie Ost-West“  
Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, 6.11. – 7.11.2009  
Anmeldung Frau Lampe, Tel.: 0531–5 95 20 60

### IMPRESSUM

### GESCHÄFTSSTELLE

**OPK aktuell**  
Mitteilungen der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer

**Herausgeber:**  
Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer  
Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Karl-Rothe-Str. 4  
04105 Leipzig

Verantwortliche: Angelika Wendt  
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Satz und Druck: Druckerei Böhlau

Für Mitglieder der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

#### Kontakt:

Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer  
Karl-Rothe-Str. 4  
04105 Leipzig  
Telefon: 0341 – 4 62 43 20  
Fax: 0341 – 4 62 43 219  
Mail: info@opk-info.de  
Homepage: www.opk-info.de

#### Geschäftszeiten:

Montag, Dienstag,  
Donnerstag 9.00 – 16.00 Uhr  
Mittwoch 14.00 – 17.00 Uhr  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr